

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : die neue Kriegsgefahr ; Hinter Vietnam - China ; Der ewige Störenfried ; Vom britischen Sozialismus ; Die Südtirolfrage ; Selbstverwaltung? ; Politische und wirtschaftliche Lage

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auf neue Weise zu zeigen, wie notwendig es für den einzelnen ist, Stellung zu nehmen: «Es müsste weitergehen mit unserem Nachdenken über das, was in der Welt vor sich geht. Es müsste dazu führen, dass wir Stellung beziehen gegen die Gewalttat der Gewalttätigen.» — Es wird aber auch die Grundforderung des Gebens und Dienens und Helfens gestellt: «Es kann Zeiten geben, wo wir als Christen und Kirchen *diesem* Jesus nachfolgen müssen. Wo es gilt, sich einfach zu öffnen für die Not der andern, bei ihnen und mit ihnen zu sein, ohne viel Worte zu machen. Vielleicht ist jetzt diese Zeit. Wir haben genug grosse und schöne Worte gemacht. Es gilt, wie ich glaube, weniger zu reden und mehr mitzuleiden, weniger zu belehren und besser zu helfen, weniger andere zu ‚bekehren‘, als mit ihnen solidarisch zu werden. Darum gibt es bereits Orden und Gruppen katholischer und evangelischer Herkunft, die heute nicht mehr mit Worten missionieren, sondern durch ihre brüderliche Proexistenz und Solidarität mitten unter Ungläubigen. Und wir wissen es ja selber am besten: die frommen Wortemacher sind unglaubwürdig geworden, schon längst. Wir haben Taten, haben tätige Liebe, haben bewiesene Brüderlichkeit nötig.» Immer wieder muss der Verfasser bedrückt auf die oft so unchristliche Haltung der Kirche hinweisen, die doch eigentlich Christi Heimat sein sollte. «Dem Widerstand seiner Familie entspricht im Abendland der Widerstand seiner Kirche. Die Kirchengeschichte mit ihren nicht abreisenden Rivalitäten, Verleumdungen, Kriegen, Verfolgungen, mit der Zersplitterung und Zerrissenheit im Gefolge, die wir kennen — das alles ist doch ebenfalls *Passionsgeschichte* des Herrn! Aus der Kirche selber schlägt ihm bis zum heutigen Tag Unverständnis und Ablehnung entgegen.» Oder die Stellungnahme der Kirche zum Krieg. Kirchgemeinderäte antworten auf vorgelegte Fragen: «Die Frage von Krieg und Frieden bewegt die Kirche wenig. Die Hochkonjunktur überschattet sie.» Daher Marti: «Die Zukunft unserer Kirche gehört den kleinen anonymen Reformatoren, die im Namen des *einen* Reformators Jesus Christus ans Werk gehen. Alles andere ist passé.» Denn: «Die Kirche als Apparat, als Organisation, als anonym-offizielle Stimme geht nicht voran, sondern überall vorsichtig hintendrein. . . . Heute hat die Stunde der einzelnen geschlagen, jener, die gleichsam privat aufbrechen, jener, die selber denken, selber wagen und mitten in der Welt den Weg des Glaubensgehorsams zu gehen versuchen. — Nur durch persönlichen Einsatz werden wir eines Tages entdecken, was vielleicht sehr anders ist als alles, was wir jetzt Kirche nennen, was aber Jesus hier als Gemeinde verheisst.» — Und immer wieder wird auf *das Neue* verwiesen, das in der Welt, in der Kirche bei uns durchbrechen soll: «Und zwar gilt es mitzumachen, dabei zu sein und mitzumachen auf der Seite des Neuen, des Göttlichen: auf der Seite der Liebenden, der Friedensmenschen, derer, die für eine bessere, neue Gerechtigkeit kämpfen, Schritt um Schritt.»

Wir freuen uns, bei Kurt Marti wichtige Gedanken von Leonhard Ragaz wiederzufinden. Wie zählte er auf das Kommen des neuen Himmels und der neuen Erde, wie grosse Hoffnungen setzte er auf die «Gemeinde», die dort einspringen müsste, wo die Kirche versagt, und wie wurde er nicht müde aufzuzeigen, was an unserer Gegenwart im Leben des einzelnen, der Kirche und des Landes unchristlich ist. Mit diesem Hinweis auf Leonhard Ragaz soll Pfarrer Marti nicht «eingereiht» werden, aber für unsere Leser mag es wertvoll sein, zu erfahren, dass sie bei ihm Gedanken des grossen Mahners weitergeführt finden. B. W.

WELTRUNDSCHAU

Die neue Kriegsgefahr Eigentlich wollte ich meinen Überblick über die internationale Lage für das Novemberheft mit der Feststellung beginnen, dass sich im *Nahen Osten* in der Berichtszeit äusserlich nicht viel geändert habe. Aber gerade als ich Ende Oktober

die ersten Sätze zu Papier gebracht hatte, flammten in diesem Erdenwinkel die Kriegsleidenschaften aufs neue und recht gefährlich auf. Der Hergang ist bekannt: Die Ägypter bohrten vor ihrer Nordküste ein israelisches Torpedoboot in den Grund, und die Israelis antworteten mit der Zerstörung von Ägyptens grössten Öltraffinerien in der Nähe von Suez. Aber beim erstgenannten Zwischenfall steht noch immer nicht fest, ob die «Eilat» auch wirklich in ägyptische Hoheitsgewässer eingedrungen war. *Wenn* das der Fall war, hätte doch, so sollte man meinen, eine Warnung an das israelische Schiff genügt, um es zur Umkehr zu veranlassen. Warum es also gleich mit zwei allermodernsten Raketen, die ihnen die Russen geliefert hatten und die noch nirgends erprobt worden waren, das Schiff zerstören, das immerhin 200 Mann Besatzung hatte, von denen fast fünfzig ertrunken sind? Die warnungslose Versenkung des israelischen Torpedoboots, das nicht die geringste feindselige Absicht bekundet hatte, bleibt so einfach eine bedenkliche Gewalttat um eine gewollte Verletzung des Waffenstillstands, die nicht durch Notwehr zu rechtfertigen ist. Man kann sie sich kaum anders erklären als damit, dass eben die ägyptischen Staats- und Militärführer förmlich darauf brannten, den Israelis zu beweisen, dass ihre Wehrmacht dank massiver sowjetischer Waffen- und Gerätelieferungen technisch schon annähernd wieder auf der alten Höhe stehe, und damit auch das Selbstvertrauen ihres so arg gedemütigten Volkes zu heben, wenn nicht geradezu den Rachekrieg gegen Israel einzuleiten.

Gerade darum war aber der israelische Gegenschlag ein grober Fehler. Das in der ganzen Welt übliche «realistische» Denken legte es zwar auch der israelischen Führung nahe, auf Gewalt mit noch härterer Gewalt zu antworten, um so den Ägyptern abermals zu zeigen, dass sie sich eben doch, wohl oder übel, der Tatsache eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina beugen müssten. Aber in der Lage, in der sich die beiden Hauptgegner heute befinden, kommt doch für Israel soviel darauf an, den (mit Recht) unterlegenen Gegner versöhnlich zu stimmen, dass es nur hätte vom Guten sein können, wenn Israel auf einen Gegenschlag gegen die Versenkung seines Schiffes (bei der es den Ägyptern offenkundig moralisch gar nicht wohl war) verzichtet hätte. Es war vielleicht eine Zumutung an Israel, zu erwarten, dass es sich im Fall «Eilat» auf neutestamentlichen Boden stelle; aber was wird bei der Taktik des «Auge um Auge, Zahn um Zahn» tatsächlich herauskommen? Vorderhand nur eine Verhärtung und Versteifung der gesamtarabischen Unversöhnlichkeit.

Nasser steht ohnehin unter dem Druck starker Gruppen «seiner» Offiziere, besonders der jüngeren, die mit einem militärischen Staatsstreich liebäugeln als Vorbereitung für den Rachekrieg gegen Israel, und denen er nur mit brutalerem *eigenem* Scharfmachertum zuvorkommen zu können glaubt, solange es ihm an einer zuverlässigen *politischen* Leibgarde fehlt. Dazu kommt, dass auch in der Sowjetunion die Israelfeindschaft neu gestärkt worden ist. Man weiss zwar nicht recht, rüstet die Sowjetregierung die arabischen Staaten in der Hoffnung auf, dass sie ein nächstes Mal ihre Waffen gegen Israel besser verwenden als im vergangenen Juni, oder sind die sowjetischen

Kriegslieferungen nur ein Mittel, um die von Moskau enttäuschten Araber wieder freundlicher zu stimmen, ohne dass im Ernst an einen neuen Waffenengang gedacht wird. Auf jeden Fall würde eine Fortsetzung der israelischen Vergeltungstaktik es der Sowjetunion erschweren, sich mit dem dauernden Bestand eines jüdischen Staates abzufinden und nach einer *politischen* Lösung der israelisch-arabischen Spannung zu suchen.

Bei den Bemühungen, den so wackligen Waffenstillstand im Nahen Osten in einen haltbaren Friedenszustand umzuwandeln, stösst man freilich immer wieder auf die Frage: Was ist die zunächst wichtigste Bedingung dafür, dass es Frieden gibt? Und wer muss also den ersten entscheidenden Schritt tun? Die Araber sagen: Israel hat uns angegriffen und grosse Gebiete unserer Länder erobert, die es offenbar behalten will; es muss also diese Gebiete herausgeben und die 1948 wie 1967 von ihm vertriebenen Araber wieder in ihren alten Wohnbezirken ansiedeln — dann erst kann überhaupt von Frieden die Rede sein. Die Israelis erwidern: Wir haben einen Verteidigungskrieg geführt, der entstanden ist, weil die Araber unseren Staat nie anerkennen wollten und ihn im Gegenteil diesmal endgültig zu zerstören im Begriff waren. Die Anerkennung unseres Staates als einer ein für allemal feststehenden Tatsache ist also die Voraussetzung für alles andere, und wir werden die besetzten Gebiete solange behalten, bis die Araber das einsehen.

Ich kann hier nicht nochmals auf die Entstehung und den Charakter des Junikrieges eingehen. Ich möchte nur bemerken, dass ich der in den «Neuen Wegen» neuerdings vertretenen Auffassung nicht zustimmen kann, die UNO-Abteilungen hätten «trotz ungeheurer Spannung das Losschlagen (Israels) verhindert», wenn sich Israel nicht ohne Angabe von Gründen geweigert hätte, «die UNO-Blauhelme auf israelisches Gebiet übertreten zu lassen». Die Spannung war tatsächlich ungeheuer geworden. Die von den Regierungen und der Propaganda der Araber immer höher gesteigerte Drohung, Israel zu vernichten, strebte ihrer Verwirklichung zu. Sechs ägyptische Divisionen waren im Sinaigebiet gegen Israel bereits in Marsch gesetzt; von Jordanien und Syrien her waren die entsprechenden Vorkehrungen ebenfalls getroffen, um Israel konzentrisch anzupacken; der Golf von Akaba war für Israel gesperrt worden; ägyptische Flieger setzten (nach israelischen Berichten) schon zur Aktion gegen Israel an. Was hätten in dieser Lage die ja sehr schwachen UNO-Abteilungen zur Erhaltung des Friedens beitragen können, wenn Israel sie hätte auf sein Gebiet übertreten lassen. Mit wem hätte Israel da noch verhandeln sollen? Mit den Arabern? Mit der Sowjetunion, die die Aufgabe hatte, jede Hilfe an Israel zu verhindern? Mit Amerika? Mit der UNO selber? Die Fragen stellen heisst sie beantworten*.

Das entscheidende Kennzeichen der Lage war ja, dass Israel gänzlich iso-

* Was die Sowjetunion betrifft, so hat die halbamtliche Kairoer Zeitung «Al Ahram» letzthin enthüllt, dass der israelische Ministerpräsident Eshkol am 27. Mai, also kurz vor dem Ausbruch des Sechstagekrieges, den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin ersucht hat, ihn in Moskau zu empfangen, damit er mit ihm die bedrohliche Lage besprechen könne. Kossygin habe aber nach Fühlungnahme mit der ägyptischen Regierung abgelehnt. Der Grund ist unschwer zu erkennen: Die Sowjetunion wollte

liert war und sich trotz allen Lippenbekenntnissen keine Hand für sein Weiterbestehen rührte. Nachdem Nasser den Rückzug der Blauhelme erzwungen hatte, hätte Israel, auch wenn schon vorher UNO-Abteilungen auf seinem Boden stationiert gewesen wären, seinerseits den Rückzug dieser Abteilungen verlangen müssen, um freie Hand zur Verteidigung zu haben. Dann wäre es entweder auf das Gleiche herausgekommen, wie wenn Israel nie Blauhelme innerhalb seiner Grenze gehabt hätte, oder es wären bis zur Anordnung des Rückzuges durch U Thant kostbarste Tage verloren gegangen, um die schon begonnene Einkreisung und Abschirmung Israels zu durchbrechen. Dann wäre allerdings «das Losschlagen verhindert» worden — aber eben um den Preis der Vernichtung Israels. Dass sich Israel dieser tödlichen Gefahr nicht aussetzen und nicht von Verhandlungen im letzten Augenblick seine Rettung erwarten wollte — das kann man ihm eben nie verzeihen . . .

Für mich bleibt es jedenfalls dabei, dass erste Bedingung für einen Nahostfrieden die endgültige völkerrechtliche Anerkennung Israels durch die Araber ist. Und wenn die Zeichen nicht täuschen, so sind ausser dem tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba auch schon andere arabische Politiker von dieser Notwendigkeit überzeugt. Im Grund auch König Hussein von Jordanien. Ob und wann einmal Nasser selbst es wagen kann, zur Anerkennung Israels zu raten, hängt davon ab, wie lange es geht, bis die arabischen Völker merken, wie schamlos sie von ihren (Ver-)Führern angelogen und verhetzt wurden. Dann werden sie hoffentlich bereit sein, mit Israel für die Vermenschlichung ihrer Elendslage zusammenzuarbeiten — denn *das* ist und bleibt die Hauptaufgabe im Nahen Osten, nicht die Ausstossung Israels als eines Fremdkörpers aus Vorderasien. Israel wird sich dann im Gegenteil als unentbehrliche Lebenskraft für den Orient erweisen, besonders wenn es den Weg zu einer *sozialistischen* Ordnung findet.

Inzwischen kann und sollte Israel der UNO (oder sonst einer übernationalen Organisation) greifbare Vorschläge für die Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge unterbreiten. Diese Wiederansiedlung ist alles andere eher als ein unlösbares Problem; es sind schon ganz andere Umsiedlungen grosser Bevölkerungsgruppen glücklich durchgeführt worden. Und ausserdem erwarten Israels Freunde dringend, dass die Regierung von Tel Aviv (über die Festhaltung eines wiedervereinigten Jerusalem und allfällige kleine Grenzberichtigungen hinaus) jede direkte oder indirekte Eingliederung besetzter Gebiete in den israelischen Staat ablehnt. Ist einmal das Lebensrecht Israels einwandfrei anerkannt und Sicherheit gegen neue Beunruhigung von arabischer Seite her geschaffen, dann verlieren die Grenzen Israels, so widersinnig sie auch an sich sein mögen, ihre Bedeutung als Streitgegenstand. Dann braucht es gar keine militärischen Extrasicherungen mehr, wie zum Beispiel

eben *keine* Verhandlungen; sie wollte den arabischen Staaten freie Hand für die Ausführung ihres Kriegsplanes lassen.

Bezeichnend ist übrigens, dass die blind sowjethörige kommunistische Presse der Schweiz — oder doch mindestens ihr Tagblatt «Voix Ouvrière — im Fall «Eilat» lediglich die ägyptische Darstellung abgedruckt, die israelische Lesart aber unterschlagen hat. So wird Stimmung gegen Israel gemacht . . .

am überhöhten Ostufer des Sees von Tiberias, das jetzt eine so bequeme Ausfallstelle gegen Israel ist. Die Anerkennung und internationale Sicherung Israels bleibt somit wirklich das A und O aller Vorbedingungen für den Frieden im Nahen Osten.

Hinter Vietnam – China

In den Vereinigten Staaten ist in den letzten Wochen die offene Gegnerschaft gegen den Vietnamkrieg neu aufgelebt. Auch sonst in der Welt herum wird der Widerstand gegen dieses amerikanische Kolossalverbrechen planmässig organisiert. Aber Präsident Johnson und seine Regierung, samt dem Vizepräsidenten Humphrey, den man uns seinerzeit als «liberal» vorgestellt hatte, lassen sich dadurch nicht aus der Fassung bringen. Die Kriegführung in Vietnam ist im Gegenteil — wie das sowieso einer inneren Gesetzmässigkeit entspricht — weiter verschärft worden. Sie richtet sich jetzt namentlich auch gegen die nordvietnamesische Hafenstadt Haiphong, die bisher eher geschont worden war. Die Verwüstungen und die Menschenopfer, die der Krieg in beiden Teilen Vietnams mit sich bringt, müssen unsäglich grauenvoll sein; aber gegenüber den «realpolitischen» Erwägungen, die nach amerikanischer Auffassung zur Fortsetzung und Steigerung des Krieges zwingen, kommen sie eben doch nicht auf, so wenig wie die sozialen und wirtschaftlichen Nöte, unter denen so grosse Teile des Volkes der USA leiden, die Regierung von der phantastischen Vergeudung ihrer Mittel im Vietnamkrieg abhalten. Man redet sogar davon, dass nun Nordvietnam «endlich» auch vom Land her angegriffen werden solle, damit Johnson angesichts der allmählich heranrückenden Präsidentenwahl von 1968 seinem ungeduldigen Volk doch einmal irgend etwas Positives vorweisen könne.

Aus Moskau wird freilich bereits gedroht, dass eine solche Ausdehnung des Kriegsschauplatzes «unweigerlich Gegenmassnahmen der Freunde des freien Vietnam nach sich ziehen» werde, die den «vollständigen Zusammenbruch des amerikanischen Abenteurers in Südostasien» zur Folge hätten. Aber solche Warnungen nimmt man offenbar in Washington nicht ernster als die Gefahr, dass schliesslich auch *China* in den Kriegsstrudel hineingerissen werden könnte. Es ist freilich kein Geheimnis, dass sehr einflussreiche Kräfte in den Vereinigten Staaten nichts sehnlicher wünschen, als dass die grosse Abrechnung mit dem roten China komme, solange es noch Zeit dazu sei. Und wir haben hier immer wieder darauf hingewiesen, dass die Versuchung, mit China anzubinden, für die Vereinigten Staaten tatsächlich gross sei und immer grösser werde, je mehr China zur beherrschenden Grossmacht Asiens heranwachse. Auch wenn Vietnam für die USA ungefährlich gemacht werden könnte, so bliebe eben immer noch im Hintergrund das kommunistische «Reich der Mitte». Staatssekretär Rusk hat denn auch vor kurzem den Amerikanern noch besonders das Gruseln beibringen wollen, indem er die Gefahr an die Wand malte, die eine schlagkräftige Atomstreitmacht in den Händen einer Regierung bilde, die wie die chinesische über eine Bevölkerung von einer Milliarde Menschen gebiete und ganz Asien terrorisieren, ja versklaven könne...

Mit der einigermaßen voraussehbaren Entwicklung der chinesischen Volkszahl beschäftigt sich auch ein Buch des westdeutschen Professors Wilhelm Fucks «Formeln zur Macht — Prognosen über Völker, Wirtschaft, Potentiale». (Ich zitiere daraus nach den «Darmstädter Blättern», Heft 8/9, 1967.) Fucks berechnet, «dass die Bevölkerung Chinas im Jahre 2000 sechsmal und im Jahre 2040 acht- bis neunmal grösser sein wird als die der USA oder die der Sowjetunion. China wird im Jahre 2040 vier- bis fünfmal mehr Menschen haben als die USA und die Sowjetunion zusammengenommen. «Was das in Verbindung mit der Stahl- und der Energieproduktion — diesen Grundlagen wirtschaftlicher Macht — bedeuten würde, sucht der Verfasser mit eindrucksvollen Rechnungen und Tabellen klarzumachen. Um 1960, so findet er, sei die Wirtschaftsmacht Chinas noch viermal schwächer gewesen als die der Vereinigten Staaten, knapp halb so stark wie die der Sowjetunion. «Bereits in zehn Jahren aber dürfte die Macht Chinas die der Sowjetunion übersteigen, also um 1975. In fünfzehn Jahren sollte die Macht Chinas die der Vereinigten Staaten erreichen und übertreffen. Etwa 1987 sollte China etwa so stark sein wie die Vereinigten Staaten von Amerika, die Sowjetunion und die Westeuropäische Union zusammengenommen. Von da ab wächst die chinesische Macht schnell über die dieser Staaten hinaus. Nach unserer Kurve sollte China um 2000, ganz rund gerechnet, fünfmal so stark wie die Sowjetunion oder Amerika sein. Im kommenden Jahrhundert sollte nach den Voraussetzungen unserer Rechnung die chinesische Macht die dieser beiden Völker zusammengerechnet um einen ständig zunehmenden Faktor übersteigen.»

Was für gewaltige Machtverschiebungen bereiten sich hier vor! Noch handelt es sich für den deutschen Professor «nur» um wirtschaftliche, nicht auch um politisch-militärische Macht. Nichts wird aber die amerikanischen Weltpolitik-Planer abhalten, sich vorzustellen, dass nicht nur ganz Asien — das mit Sibirien und Zentralasien ohnehin längst stark unter kommunistischem Einfluss steht —, in wenigen Jahrzehnten unrettbar «dem Kommunismus verfallen» sein wird, sondern auch die jetzt noch «freie» Welt dieses Schicksal teilen muss — wenn sich nicht die Vereinigten Staaten raschestens entschliessen «à corriger la fortune». Der Entschluss der USA-Regierung, ein Raketenabwehrsystem zu entwickeln, das die Gefahr einer Erpressung der Vereinigten Staaten durch Drohung mit chinesischen Kernwaffen beseitigen soll, ist in den Augen dieser Politiker und ihrer militärischen Verbündeten höchstens ein erster Schritt auf dem Weg zur gewaltsamen Vernichtung des chinesischen Kommunismus. Und da die Sowjetunion als Vormacht des Kommunismus in den Augen des amerikanischen (und europäischen) Bürgertums immer ungefährlicher wird, so wird sich aller Voraussicht nach auf jeden Fall das Schwergewicht der nordamerikanischen Weltpolitik in Zukunft mehr und mehr nach Ostasien hin verlagern, wo den USA auch die Sowjetunion — als Feind Chinas — nicht mehr stark in die Quere kommen wird, sobald Vietnam erledigt ist.

Der ewige Störenfried Man sollte meinen, dass angesichts der Gefahr eines wenn auch wohl noch fernen Krieges zwischen der westlichen Welt und China wenigstens in *Europa* die den Frieden bedrohenden Spannungen beseitigt seien. Das ist nun aber keineswegs der Fall. Noch besteht vor allem die *NATO* weiter, die Nordatlantische Vertragsorganisation, die als ein Hauptwerkzeug des kalten Krieges der Westmächte gegen den Sowjetblock begründet wurde. Konni Zilliacus, der unlängst verstorbene Labourpolitiker — vielleicht der klarste politische Kopf, den Westeuropa im letzten Halbjahrhundert hervorgebracht hat — stellte damals (1949) in einer kleinen Schrift «Dragon's Teeth» («Drachenzähne») fest: «Der Nordatlantische Vertrag oder Pakt geht von der politischen Annahme aus, dass die vertragschliessenden Parteien von einem Angriff seitens der Sowjetunion bedroht seien und sich auf einen Selbstverteidigungskrieg gegen dieses Land rüsten müssten... Sie könnten dem Friedenswillen dieses Landes nicht mehr trauen... Die Unterzeichner des Atlantikvertrages müssten für alle praktischen Zwecke die Maschinerie der Vereinten Nationen ausschalten und bereit sein, das Gesetz in die eigene Hand nehmen, um gemeinsam ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben, über das nur sie zu befinden hätten.»

Nun ist zwar die *NATO* durch das tatsächliche Ausscheiden Frankreichs fast handlungsunfähig geworden. Aber statt die ganze Organisation aufzulösen, haben die verbleibenden Mitgliedstaaten kürzlich einfach den riesigen Verwaltungsapparat, der 2000 Personen mehr oder weniger «beschäftigt», von Paris nach Brüssel verlegt. Der Operationschef im *NATO*-Kommando Europa, der westdeutsche General Baudissin, hat allerdings erklärt, nun müssten auch gewisse Folgerungen aus der neuen Lage gezogen werden; denn «die Bedrohung aus dem Osten bestehe nicht mehr, der grosse Krieg könne nicht mehr stattfinden. Die (westdeutsche) Bundeswehr habe jetzt die grosse Aufgabe, für eine Aussöhnung mit dem Osten zu wirken.» Aber die Politiker der «Grossen Koalition», die in Bonn regiert, haben leider ihre eigene Auffassung von einer solchen Aufgabe. Die Kiesinger und Brandt, die Schröder und Wehner *reden* nur von einer Aussöhnung mit dem Osten, *tun* jedoch nichts Wesentliches, um sie zu ermöglichen. Was sie tun, ist lediglich ein Versuch, aus dem Sowjetblock nacheinander soviel Stücke herauszubrechen, dass er kein Hindernis auf dem Weg zu dem zäh festgehaltenen westdeutschen Ziel mehr sein könne, die durch die Niederlage des Dritten Reiches geschaffenen Macht- und Grenzverhältnisse in Mittel- und Osteuropa umzustossen.

Die alten Kernpunkte der Bonner Ostpolitik sind auch diejenigen des «neuen» Programmes, vor allem die drei: Änderung der deutschen Ostgrenzen im Rahmen eines west-östlichen Friedensvertrags; Nichtanerkennung eines eigenen ostdeutschen Staates; deutsche Mitverfügung über das Atomwaffenarsenal der Westmächte. Was das alles mit einer Versöhnungspolitik gegenüber dem Osten zu tun haben soll, ist unerfindlich. Und welche Rolle bei einer solchen Versöhnung eine Bundeswehr zu spielen hätte, deren Stärke nach Graf Baudissin ebenso vermindert werden müsse wie diejenigen der

übrigen europäischen Armeen, ist ebenso unklar. Der einzige «vernünftige» Zweck der westdeutschen Bundeswehr kann auf der Linie der Bonner Ostpolitik nur der sein, auf den Osten einen derartigen Druck auszuüben, dass er sich zur Erfüllung der westdeutschen Forderungen bequeme. Und dieser Zweck ist natürlich das Gegenteil von vernünftig. Weder die Sowjetunion noch Polen noch die Tschechoslowakei — um von den anderen Oststaaten zu schweigen — werden einem westdeutschen Druck, das heisst einer Drohung mit Gewalt, nachgeben und Hand zu einer Neugestaltung der politischen Landkarte Osteuropas bieten. Kein Wunder, dass für die Sowjetunion, hinter China, das ihr Feind Nummer eins ist, die Bundesrepublik Deutschland der Feind Nummer zwei bleibt, während Amerika trotz aller wortreichen Polemik für sie auf den dritten Rang versetzt ist. Die Erhöhung der sowjetischen Militärausgaben, wie sie für das kommende Jahr vorgesehen ist, mag hier ihren Grund haben; dass gleichzeitig die Dauer des Militärdienstes um ein Jahr herabgesetzt worden ist, besagt demgegenüber insofern wenig, als heute auch die höchstgerüsteten Armeen mit kurzen Dienstzeiten auskommen.

Auf jeden Fall: Solange Westdeutschland an seiner Ostpolitik festhält, wie es sie folgerichtig seit ihrem Bestehen betreibt, unter Kiesinger, dem altbewährten Nazipropagandisten, ebenso wie unter Erhard und Adenauer, solange stehen in Europa Pulverfässer herum, die im gegebenen Augenblick alle in die Luft fliegen können — und wir mit ihnen. Die deutsche Unbelehrbarkeit in Sachen Weltpolitik ist nach wie vor das grosse Hindernis, das einer dauerhaften Befriedung Europas im Wege steht. Und Wolf Schenke hat nur zu sehr recht, wenn er in der Hamburger «Neuen Politik» (7. Oktober) schreibt, dass Kiesinger und Wehner «zu denen gehören, welche die Götter mit Blindheit geschlagen haben, um sie zu verderben. Sie stehen in einer Reihe mit den Gestalten, die zwei Katastrophen für Deutschland durch ihre blinde Politik ganz wesentlich mitherbeiführen halfen: Wilhelm II. und Adolf Hitler.» Schon zweimal sei das deutsche Volk in diesem Jahrhundert entsetzlich gescheitert. «Und beide Male war der Grund sein gestörtes Verhältnis zur Wirklichkeit. Es nahm die grosse Rolle nicht wahr, die es in Selbstbegrenzung in der Welt tatsächlich hätte spielen können, eine ungeheure Aufgabe im Dienste der Menschheit, sondern verstieg sich masslos, im Erfolgsrausch des schnell Hochgekommenen, in totaler Überschätzung seiner Macht.» Wie das weitergehen wird, das kann man nur mit Sorge abwarten. Die westdeutsche Sozialdemokratie hätte vor einem Jahr den bis dahin gesteuerten Kurs der Bundesrepublik herumreissen und ein wirklich neues Verhältnis zum Osten begründen können. Sie hat es vorgezogen, die bisherigen Regierer vor dem Bankrott zu retten — und muss nun eben auch die Folgen tragen. Mitgegangen — mitgehangen!

Vom britischen Sozialismus Für all diejenigen unter uns, denen die besondere Form des britischen Sozialismus etwas bedeutet und die aus den geistigen und politisch-wirtschaftlichen Leistungen seiner Träger je und je reichste Anregung geschöpft

haben, sind die jüngsten Vorgänge im Labourlager wieder eine schmerzliche Erfahrung. Dass der Kongress des britischen *Gewerkschaftsbundes*, der ja eigentlich nicht auf sozialistischem Boden steht, der Regierung Wilson wegen ihrer Preis- und Einkommenspolitik, ihrer engherzigen Sozialpolitik (Wiedereinführung des Bedürftigkeitsnachweises für bestimmte Fürsorgeleistungen) und wegen ihrer Unterstützung des amerikanischen Vietnamkrieges seine Missbilligung ausgesprochen hat, ist zwar eher eine angenehme Überraschung, wenn dann auch am Schluss Wilson doch noch das Vertrauen bescheinigt wurde. Dass aber der *Labourparteitag*, dank einem plötzlichen Umfall der Bergarbeitergewerkschaft, bald darauf die Wirtschaftspolitik der Regierung in aller Form gebilligt hat, ist auch dann ein bedenkliches Schwächezeichen, wenn nachher die Aussenpolitik des Kabinetts Wilson-Brown (Vietnam, Griechenland) missbilligt wurde. Denn es erlaubte Wilson erst recht, seine Entschlossenheit zur Weiterführung eines Wirtschaftskurses zu erklären, die allen sozialistischen Zielsetzungen stracks zuwiderläuft und ohne jeden Zweifel tatsächlich auch von der sehr wenig radikalen Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter abgelehnt wird. Was für einen Sinn — ausser dem blossen Ablassen oppositionellen Dampfes — Entschliessungen von Gewerkschafts- und Parteikongressen haben sollen, wenn der Labourführer sich ganz offen über sie hinwegsetzen kann, ohne eine Revolte seiner Anhänger zu riskieren, das ist schwer einzusehen. Und noch schwerer einzusehen ist das Recht einer Regierung, die zur Verwirklichung, wenn auch noch so massvoller sozialistischer Grundsätze ins Amt berufen wurde, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betreibt, die — nicht durchweg, aber doch im wesentlichen — kapitalistischem Denken und Wollen entspricht.

Ein sprechendes Beispiel. Die Wirtschaftspolitik der Labourregierung wird aller Voraussicht nach dazu führen, dass es im kommenden Winter etwa 750 000 Arbeitslose in England geben wird; mit den Angehörigen werden etliche zwei Millionen Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen sein. Die Labourregierung nimmt das nicht nur achselzuckend in Kauf, sondern erklärt es, wie der «New Statesman» (15. 9.) schreibt, als notwendig für den Gang der britischen Wirtschaft, die eben eine kapitalistische Wirtschaft sei. «Wie kann aber», so fragt das sozialistische Blatt, «irgendeine Regierung, die bei Verstand ist und gar noch eine Labourregierung, absichtlich die Arbeitslosigkeit steigern als Bestandteil ihrer Wirtschaftsstrategie? Die menschliche Vergeudung ist verbrecherisch; die wirtschaftliche Vergeudung ist stossend. Allein in diesem Jahr werden wir wahrscheinlich ganz nahe an 300 Millionen Pfund (3,6 Milliarden Franken) an möglicher Produktion verlieren.»

Es liegt auf der Hand, dass diese Aussicht — zusammen mit dem Lohnstopp, der Preissteigerung und den anderen Wirkungen der Regierungspolitik tiefe Beunruhigung in der Arbeiterbevölkerung hervorruft und die ganze Moral der besten Labouranhänger zu zerrütten droht. Wenn das so weiterginge, so wäre eine Niederlage der Labourpartei bei den nächsten Unterhaus-

wahlen unvermeidlich, und was viel schlimmer ist: die Labourpartei verlöre ihren Anspruch auf ihren sozialistischen Charakter und auf die Vertretung der lebenswichtigen Forderungen der britischen Arbeiterschaft vollends. Ministerpräsident Wilson und seine Leute scheinen diese Gefahr nicht schwer zu nehmen. Sie sind überzeugt, dass die Opfer, die sie jetzt vom britischen Arbeitervolk verlangen, durch eine kommende neue Wirtschaftsblüte reichlich belohnt würden und dass bis zu den nächsten Wahlen ein Umschwung der öffentlichen Meinung eintreten werde, der Labour zu einem neuen Sieg führen müsse. Aber diese Rechnung kann auch fehlgehen; und selbst wenn die Mittel, die die Regierung Wilson heute anwendet, um die britische Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen, einen vorläufigen Erfolg haben sollten: wäre das irgendein Beweis für die Wirksamkeit *sozialistischer* Grundsätze? Würde es nicht vielmehr von den Gegnern des Sozialismus als Beweis dafür ausgelegt werden, dass nur mit den «bewährten» Mitteln kapitalistischer Wirtschaftspolitik Krisen überwunden und steigende Produktion mit wachsendem Volkswohlstand gesichert werden könnte?

Unter diesen Umständen bleibt es besonders bedauerlich, dass die *Linke* der Labourpartei so schwach ist und keinen massgebenden Einfluss auf den Regierungskurs auszuüben vermag. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die meisten Führer der Linken von Wilson — geschickt wie er ist — in seine Regierung aufgenommen und dadurch zum Schweigen verurteilt worden sind, die Crossman, Greenwood, Barbara Castle und wie sie alle heißen, während Frank Cousins zwar aus der Regierung ausgetreten ist, sich aber auf die Leitung seiner Transportarbeiter-Gewerkschaft zurückgezogen hat. Es hat seinen Grund vielmehr auch darin, dass, wie «The Christian Socialist», das Organ der christlich-sozialistischen Bewegung (Septemberheft), schreibt, die Linke überhaupt kein überzeugendes Gegenprogramm gegen das Wilson'sche vorzuweisen hat. «Sozialismus», so betont das Blatt, «hat es mit der Einkommensverteilung zu tun; aber die Linke hat zur Einkommenspolitik nichts zu sagen, was ausgesprochen sozialistisch wäre. Sie redet mit gewollter Verschwommenheit von Ausdehnung des Gemeineigentums, fragt sich aber nie, ob Sozialismus allgemeine Nationalisierung bedeutet oder nicht... Die Linke scheint die Schau einer gesellschaftlichen Umgestaltung verloren zu haben, die ein früheres Geschlecht von Sozialisten begeisterte, und zu bequem zu sein, um die Erfordernisse für den Sozialismus in der heutigen Welt herauszuarbeiten.»

Das ist freilich eine böse Lage. Aber teilt nicht die sozialistische Bewegung in den meisten anderen Ländern diese Bequemlichkeit — um nicht zu sagen: diesen Unglauben und dieses Sichgenügenlassen an den «Wunden» eines verjüngten Spätkapitalismus — durchaus mit den Nachfahren des einst so klaren und charaktvollen britischen Sozialismus? Haben besonders wir schweizerischen Sozialisten, deren Vertreter im Bundesrat nichts anderes als bürgerliche Politik treiben, irgendwie Anlass, der Labourlinken wegen ihrer Untätigkeit und Abdankung Strafpredigten zu halten? ...

Die Südtirolfrage Zwischen Österreich und Italien wird gegenwärtig wieder einmal über *Südtirol* verhandelt und gestritten. Und in Südtirol selber nimmt man natürlich stärksten Anteil an diesen Verhandlungen, die durch die anscheinend nicht abreissende Kette von Gewalttaten österreichischer Fanatiker gegen italienische Staatsdiener, Einrichtungen und Anlagen und die entsprechende Antwort der Italiener immer wieder aufs peinlichste gestört werden. Schon lang beabsichtigte ich, die ganze Südtirolfrage hier einmal etwas eindringlicher zu beleuchten, doch zog ich es vor, damit abzuwarten, bis ich vielleicht Gelegenheit hätte, mich an Ort und Stelle darüber zu unterrichten, eingedenk des Wortes: Einmal sehen ist besser als hundertmal lesen. Diese Gelegenheit habe ich nun dank der Gastlichkeit lieber Freunde im vergangenen Sommer bekommen, so dass ich versuchen will, das Südtirolproblem wenigstens in seinen grossen Umrissen klarzustellen.

Wie man weiss, ist das bis dahin österreichisch gewesene und deutschsprachige Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg von Italien annektiert worden. Die Meinung war dabei, Italien könne in Zukunft an der Brennergrenze besser verteidigt werden als von italienischem Boden aus. Eine sehr kurzdenkende Meinung; denn Österreich ist seither für Italien wirklich ungefährlich geworden und Deutschland desgleichen, auch nach der Zeit des Bündnisses zwischen Italien und Nazideutschland. Und was für einen militärischen Wert im Zeitalter der Atombombe die Brennergrenze für Italien noch haben könnte, das braucht nicht erst lang überlegt zu werden. Auf jeden Fall war die Annexion Südtirols durch Italien eine Gewalttat, da natürlich das dort wohnende Volk von den weisen Staatsmännern, die dafür verantwortlich sind, überhaupt nicht gefragt wurde, zu welchem Staatsverband es gehören wolle.

Die *Italianisierung* Südtirols setzte denn auch gleich mit Macht ein und geht bis auf den heutigen Tag weiter, wenn auch seit dem Sturz Mussolinis in wesentlich abgeschwächten Formen. Die Einwanderung aus dem neuen «Vaterland» im Süden wurde mit aller Planmässigkeit und Zielbewusstheit gefördert. Vor allem das Personal der öffentlichen Dienste und Verwaltungen, eingeschlossen Eisenbahn, Post, Telegraph und Telephon, ist ganz mit Uritalienern durchsetzt. Polizisten mit deutscher Muttersprache z. B. habe ich nirgends gefunden. Die Orts- und Bergnamen — eine Zeitlang auch die Familiennamen — wurden mehr oder weniger glücklich italianisiert, wenn sie auch jetzt neben sich den ursprünglichen deutschen Namen dulden müssen (Bolzano-Bozen, Ortisei-St. Ulrich, Sassolungo-Langkofel, Ponte Valgardena-Waidbruck usw.). Das geistige und kulturelle Leben (mit Schulen, Presse, Radio, Kino) ist weitgehend italienisch geprägt; in der Umgangssprache nimmt das Italienische eine immer ausgesprochenere Vorzugsstellung ein und ist mindestens eine Selbstverständlichkeit geworden. Das statistisch erfassbare Ergebnis ist, dass im Jahre 1921 fast 76 Prozent der Bewohner Südtirols Deutsch als Umgangssprache angaben, 1961 nur mehr etwas über 62 Prozent. Der Anteil des Italienischen ist in dieser Zeit von 11 auf 34 Prozent, also auf das Dreifache, gestiegen. Der Rest entfällt auf Ladinern,

also die romanisierten Rätier, die mit unseren Rätoromanen nahe verwandt sind und an ihrer Mundart zäh festhalten, wenn ihr Sprachanteil seit 46 Jahren auch von 3,9 auf 3,4 Prozent zurückgegangen ist. (Die Gesamtbevölkerung der Provinz Bozen beträgt heute rund 375 000 Menschen.) In einer Reihe von Gemeinden ist das Deutsche längst in die Minderheit gedrängt worden, so in Bozen, wo heute nur mehr 23 Prozent der Bevölkerung Deutsch als Umgangssprache angeben, während 78 Prozent normalerweise italienisch sprechen. In Meran ist der Anteil der Deutschredenden zwischen 1921 und 1961 von 51 auf 35 Prozent gefallen, derjenige der Italienischredenden von 41 auf fast 59 Prozent gestiegen. Waidbruck, am Eingang des Grödnertals, hatte 1921 noch 91 Prozent Deutschsprachige; heute hat es nur noch 61 Prozent. Fast überall ist das Italienische mächtig im Vormarsch. Verdoppelung, ja Verdreifachung und Vervierfachung der italienischredenden Bevölkerung ist keine Seltenheit. Zahlreiche Beobachtungen und Stichproben, die ich gemacht habe, haben in mir den Eindruck hinterlassen, dass Deutsch in Südtirol — sprachlich wie überhaupt volkstumsmässig — langsam vielleicht, aber sicher auf den Rang eines wenig geachteten, nur noch mehr oder weniger wohlwollend geduldeten Verständigungs- und Ausdrucksmittels herabsinkt, wenn nicht einfach ausstirbt. Die obligatorische Zweisprachigkeit ist gewiss für die Deutsch-Südtiroler von erheblichem praktischem Nutzen, nicht nur im Hinblick auf den starken Fremdenverkehr aus dem «eigentlichen» Italien, sondern auch weil ihnen damit ganz Italien selbst wie das deutschsprachige Ausland für ihr berufliches Fortkommen offen steht. Ob das aber den anscheinend unaufhaltsamen Verlust an Eigenart und Selbstbewusstsein aufwiegt? Auf jeden Fall schauen manche Südtiroler mit einem gewissen Neid auf die Schweiz als ein Land, in dem die Achtung vor sprachlich-kulturellen Minderheiten in Bund und Kantonen selbstverständlicher Staatsgrundsatz ist, während dem eroberten Südtirol die Sprache und Kultur des Siegevölkeres, wenn nicht unmerklich, so doch sehr planmässig und wirksam aufgedrängt wird. Das Ladinische, das heute noch von 13 000 Südtirolern gesprochen wird, macht den Italienern wenig Kummer, erklären sie es doch — wie die rätoromanischen Sprachen der Schweiz — als blossen italienischen Dialekt, während es doch einer voritalienischen Sprachstufe angehört, ähnlich wie das Provenzalische eine vorfranzösische und das Katalanische eine vorspanische Sprache ist. Wie unsere Romantschen reden übrigens z. B. im Grödnertal die südtirolischen Ladinier sozusagen alle auch Deutsch, das ihnen offenbar nähersteht als das Italienische.

Selbstverwaltung? Der Widerstand der Südtiroler gegen ein Aufgehen ihres Volkstums in einer italienischen Einheitsnation ist natürlich auch nach der Abwendung der ärgsten Gefahr — also nach dem Ende der faschistischen Herrschaft — nicht erlahmt. Er stützt sich vornehmlich auf die Zusagen, die am 5. September 1946 der südtirolischen Volksgruppe in dem sogenannten Gruber-de Gaspari-Abkommen von der italienischen Regierung gemacht wurden. Darin wird den deutschspra-

chigen Einwohnern der Provinz Bozen und den benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient «volle Gleichberechtigung mit den italienisch-sprechenden Einwohnern» zugesichert. Es soll ihnen Volks- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache gewährt werden, ebenso Gleichstellung beider Sprachen in öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden sowie bei den Ortsbezeichnungen. Die italianisierten Familiennamen sollen wiederhergestellt und in öffentlichen Ämtern ein «angemessenes Verhältnis» zwischen beiden Volksgruppen bei der Stellenverteilung gesichert werden. Wichtig ist dann namentlich das Versprechen, dass der Bevölkerung deutschsprachiger Gebiete, also vor allem der Provinz Bozen, «die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt gewährt werden» solle, wozu freilich gleich einschränkend bemerkt wurde, dass «der Rahmen für die Anwendung dieser Autonomiemassnahmen in Beratung auch (!) mit einheimischen deutschsprachigen Vertretern festgelegt werden» solle.

Mit dieser Klausel lässt sich natürlich alles machen, was man auf italienischer Seite als Autonomie, das heisst Selbstverwaltung der südtirolischen Volksgruppe, verstanden haben will. Aber auch sonst öffnet das Abkommen allen extensiven Auslegungen und allen Umgehungs- und Abschwächungsbestrebungen Tür und Tor. Der Schulunterricht z. B. — um nur dies zu erwähnen — wird tatsächlich nicht, wie es eine unbefangene Auslegung des Wortlautes der vorhin angeführten Bestimmung vermuten liesse, «einfach in der Muttersprache», also *nur* in ihr, erteilt; er wird vielmehr *auch* in der Muttersprache erteilt, neben der italienischen Schulsprache. Das Ausmass, in dem auch auf Deutsch unterrichtet wird, ist je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden; doch sagte mir beispielsweise ein Bauer in der Gegend von St. Ulrich, dass in der Schule, die seine Kinder besuchen, abgesehen von den untersten Klassen, abwechselnd am einen Tag deutsch, am andern italienisch unterrichtet werde. Die Absicht ist jedenfalls, dem Italienischen allmählich ein solches Gewicht im Unterricht zu geben, dass es eine ganz natürliche Überlegenheit gegenüber dem Deutschen auch hier bekomme. Was wunder, wenn besonders Kindern und Jugendlichen italienische Rede und Antwort leichter zu fallen scheinen als deutsche!

Der Kampf um die Selbstverwaltung, die den Südtirolern zugesichert wurde, wird einfach auf der ganzen Linie mit ungleichen Waffen geführt. Alles ist eine Frage der Auslegung — und das heisst eine Machtfrage, bei deren Lösung der italienische Staat von vornherein weitaus im Vorteil ist. Das gilt auch für die jüngsten Zusicherungen, die in der Form des berühmten «Pakets» die römische Regierung der deutschsprachigen Volksgruppe für die Verwirklichung ihrer Autonomieforderung gegeben hat. Auf die Einzelheiten der Auseinandersetzung über das italienische Verhandlungspaket, die seit Monaten zwischen den Regierungen von Rom und Wien geführt werden, mit den Südtirolern selbst als Brückenschlagern oder Puffergruppe (wie man will), kann hier nicht eingetreten werden. Festgehalten sei nur, dass man auf österreichisch-südtirolischer Seite eine *völkerrechtliche* Sicherheit für die Einhaltung der neuen, sehr vorsichtigen italienischen Versprechungen

in bezug auf die Übertragung gewisser staatlicher Zuständigkeiten an die Provinz Bozen wünscht, während Italien derartige Garantien als «Eingriff in seine nationale Souveränität» schroff ablehnt und nur von einer *politischen* «Verankerung» der neuen Zugeständnisse durch zweiseitige Absprachen zwischen Rom und Wien etwas wissen will. Wenn es nach dem Willen Roms ginge, würde also im Grunde das neue Abkommen keine stärkeren Sicherungen haben als das Gruber-de Gaspari-Abkommen von 1946, das von italienischer Seite längst durchlöchert worden ist. Auf südtirolischer Seite wird man froh sein müssen, wenn Rom auch nur wieder auf Treu und Glauben gegründete «Garantien» gibt; eine Erweiterung der Zugeständnisse, die in dem Verhandlungspaket der italienischen Regierung enthalten sind, ist sowieso nicht wahrscheinlich.

Politische und wirtschaftliche Lage Nach den neuesten Berichten ist in der nächsten Zeit eine Verständigung über die italienischen Vorschläge überhaupt nicht zu erwarten. Zunächst, so heisst es, müssten im Jahre 1968 die *Wahlen* zum italienischen Parlament und zum Rat der Region Bozen-Trient erledigt sein — dann könne man weiter sehen.

Stärkere Verschiebungen der Parteiverhältnisse sind bei diesen Wahlen allerdings kaum zu gewärtigen. Bis jetzt stehen, wie mir an zuständiger Stelle gesagt wurde, etwa 70 Prozent der Bevölkerung der Provinz Bozen hinter der *Südtiroler Volkspartei*, die ausgesprochen katholisch-konservatives Gepräge trägt. Die von der Volkspartei abgesplitterte Soziale Fortschrittspartei wie die Tiroler Heimatpartei, die mehr liberalen Charakter hat, spielt nur eine ganz untergeordnete Rolle. Im Regionalrat der Provinzen Bozen und Trient gehören, wenn ich die mir erteilten Auskünfte richtig wiedergebe, aus der Provinz Bozen 15 der Volkspartei an; mit je einem Abgeordneten sind die Soziale Fortschrittspartei (Sozialdemokraten), der Heimatbund, die Kommunisten und die Neufaschisten vertreten, während die italienische Democrazia Cristiana drei Abgeordnete und die Linksozialistische Partei deren zwei hat. In der italienischen Kammer sitzen aus der Provinz Bozen drei Abgeordnete der Volkspartei, im Senat deren zwei.

In den parteipolitisch nicht gebundenen «Dolomiten» besitzt die deutschsprachige Volksgruppe Südtirols ein vielgelesenes, schlagkräftiges Organ; es ist die einzige deutschgeschriebene Tageszeitung Italiens. Die Druckerei, in der «Die Dolomiten» hergestellt werden, bringt noch eine Reihe von Zeitschriften für die verschiedensten Standes- und Interessenkreise heraus; sie beschäftigt über dreihundert Personen.

Wirtschaftlich macht das Südtirol den Eindruck einer aufstrebenden, mehr und mehr modernisierten und industrialisierten, im ganzen recht wohlhabenden Landschaft. Dies natürlich besonders in der sommerlichen Ferienzeit, dank dem Massentourismus und seiner zunehmenden Motorsierung, die dem Fremdenverkehr sein Gepräge auch hier, in diesem Natur- und Bergparadies, gibt. Eine grosse italienische Zeitung stellte denn auch für Italien ins-

gesamt, vom Süden freilich abgesehen, im Blick auf den Ferienbetrieb fest: «Unser Volk drückt einen sozialen und bürgerlichen Lebensstand aus, der sehr wohl den Vergleich mit den fortgeschrittenen europäischen Nationen aushält. Man braucht noch nicht alt zu sein, um sich daran zu erinnern, wie wir vor fünfzehn oder auch noch vor zehn Jahren dran waren, und wie wir vorangekommen sind... Auf dem gleichen Strand legt oft die Arbeiterfamilie ein gebildeteres und würdigeres Betragen an den Tag als die Besitzer einer Villa, von Motorfahrzeugen und eines Luxusbootes.» («La Stampa», Turin, 15. August 1967.)

Südtirol nimmt jedenfalls an dem wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung Norditaliens kräftig Anteil. Die Kehrseite dieses «Fortschrittes» beobachtet und erlebt man allerdings auch hier: Jagd nach Vergnügen und «Betrieb», rücksichtsloser Lebensdrang, nicht zuletzt oft recht saftige Preise. Der Preisstand dürfte im Durchschnitt zur Ferienzeit nicht niedriger als in der Schweiz sein. In den von Fremden überfluteten grösseren Städten Norditaliens ist er, besonders für Übernachten und Mahlzeiten, erheblich höher als bei uns.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen der Provinz Bozen stieg in den letzten zehn Jahren um rund zehn Prozent an. In der Land- und Forstwirtschaft waren 1961 ohne Bäuerinnen etwas über 30 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, in Industrie und Handwerk 28 Prozent, im Handel 27 Prozent, in häuslichen und anderen Diensten 10 Prozent, im öffentlichen Dienst 9 Prozent. Bemerkenswert ist hierbei die Verteilung auf die drei Sprachgruppen. Von den Berufstätigen insgesamt gehörten in der Landwirtschaft 28 Prozent der deutschen, 14 der italienischen und 1,3 der ladinischen Sprachgruppe an. In Industrie und Handwerk waren 13 Prozent aller Erwerbstätigen Deutschsprachige, 14 Prozent Italienischsprechende und 1,1 Prozent Ladinier. Auch in den Dienstleistungsberufen waren verhältnismässig viele Italiener und Italienerinnen tätig, nämlich 12 Prozent aller Erwerbstätigen. (19 Prozent bei den Deutschsprechenden.) Über 91 Prozent der Italienischsprechenden waren bei der letzten Zählung Arbeiter und Angestellte, die sich zumeist im Raum von Bozen-Leifers-Branzoll und von Meran zusammenballten. Zum grössten Teil sind sie unter dem Faschismus hier angesiedelt worden.

Im ganzen zeigt sich in Südtirol ein starker Rückgang der Zahl der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten — um 21 Prozent in den letzten zehn Jahren. In der gleichen Zeit wuchs die Zahl der in Industrie und Handwerk Tätigen um 32 Prozent; in Handel, Verkehr und öffentlichen Diensten betrug die Zunahme fast gleichviel (32,4 Prozent).

So kann man wohl sagen, dass die Wirtschaft Südtirols — nach bürgerlich-kapitalistischen Begriffen wenigstens — gesund und entwicklungskräftig dasteht. Das ist gewiss nicht die Folge der Zugehörigkeit zu Italien; das österreichische Norditalien zeigt ein ganz ähnliches Bild. Aber ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Wohlergehen tröstet sicher viele Südtiroler einigermassen darüber hinweg, dass sie eben doch Mussitaliener sind, Volk einer eroberten Provinz. Im Zusammenleben von Deutsch- und Italienischsprechenden spielt das unzweifelhaft eine bedeutende Rolle; und wenn der italie-

nische Staat in seiner Südtirolpolitik mehr als bisher von seinem gleichschaltenden Zentralismus abginge und der Selbstverwaltung der deutschen Sprachgruppe mehr Ruhm gäbe, so würde sich deren Eingliederung in das italienische Gemeinwesen, mit dem sich ausser einer kleinen Minderheit in Südtirol alles abgefunden hat, mit viel geringeren Reibungen vollziehen, als das tatsächlich der Fall ist. An die Überwindung der nationalistischen Leidenschaften, die auch heute noch in Europa soviel Unheil anrichten, würde damit ein willkommener Beitrag geleistet werden.

1. November

Hugo Kramer

«Standfeste» Schweiz?

Zu den heurigen *Nationalratswahlen* ist grundsätzlich nicht viel zu sagen. Die Sozialdemokraten haben ihren Krebsgang fortgesetzt, wie zu erwarten war und wie sie es verdient haben. Der Landesring der sogenannten Unabhängigen hat kräftig zugenommen, auf Kosten der altetablierten Parteien, aber was ist von dem Mischmasch der Ansichten und Projekte, die in diesem Sammelbecken der Unzufriedenen durcheinanderwirbeln, viel Gutes zu erhoffen? Vorwärtsgekommen ist auch die kommunistische Partei der Arbeit, die jetzt mit ihren fünf Mann (von 200) wenigstens Fraktionsstärke besitzt, ohne jedoch wesentliche Zukunftsaussichten zu haben. Alles in allem, so trösten sich die Verteidiger des Bestehenden, habe sich aber neuerdings erwiesen, dass die Schweiz ein gesundes Steher- und Beharrungsvermögen habe; die Oppositionsgruppen hätten alle kein positives und verwirklichtbares Gesamtprogramm und blieben so ziemlich in der unfruchtbaren Verneinung stecken...

Zu den wenigen Lichtblicken, die sich bei diesen Wahlen zeigten, gehört vor allem die glänzende Wiederwahl von *Karl Dellberg* in seinem Wallis. Man kann zwar finden, Dellberg hätte mit seinen 81 Jahren von sich aus einem der jungen Streber Platz machen sollen, die nach Bern drängten, obwohl er rüstiger und geistesklarer ist als die meisten seiner Widersacher. Aber dass die Sozialdemokraten des Kantons Wallis ihn unter Druck setzten und seinen Verzicht mit allen Mitteln *erzwingen* wollten, ja ihn sogar aus der Partei ausstießen, als er der Erpressung nicht wich — das ist dann doch einfach minderwertig. Karl Dellberg antwortete jedenfalls mit der Wiederaufstellung seiner Kandidatur aus eigener Vollmacht, seiner Partei zum Trotz, die er begründet und für die er so viele Jahrzehnte lang unter Opfern gekämpft hatte wie ein Löwe. Und er fand sofort kräftigen Widerhall bei linksstehenden, mehr oder weniger gut organisierten Gruppen, ja weit herum im Walliser Volk überhaupt. Es ehrt die Walliser, dass sie das Unrecht, das Dellberg angetan werden sollte, nicht duldeten und ihn mit einer Stimmenzahl, die er selber — der grosse Optimist — vielleicht nicht erwartet hatte, wieder in den Rat der Nation abordneten, zum Dank für die unermüdliche